

PROTOKOLL

Fachgespräch mit Martin Kobler, Sondergesandter des UN-Generalsekretärs und Leiter der MONUSCO

am 26.02.2014 von 10:00 – 11:30 in den Räumen von Misereor Berlin

Input Martin Kobler:

- MONUSCO ist die größte UN-Friedensmission und seit 1999 in der DR Kongo stationiert
- Vorstellung der 3 neuen Säulen der MONUSCO : 1. Robustes militärisches Mandat (→Interventionsbrigade), 2. Abkommen von Addis Abeba, 3. Internationale Begleitung und Kohärenz
- Nach den Konflikten mit M23-Rebellen in Goma im Jahr 2012 wurde der Einsatz der MONUSCO und die allgemeine Sicherheitslage problematisiert , mit dem Ergebnis der Gründung einer teilweise umstrittene Interventionsbrigade (wie auch im Rahmenabkommen von Addis Adeba vorgesehen). Diese ist 3.000 Mann stark, dient der Unterstützung der kongolesischen Armee und wird zur „Neutralisierung bewaffneter Gruppen“ eingesetzt.
- Das 2. Element der MONUSCO ist das Rahmenabkommen von Addis Abeba, das am 24.02.2013 von der Konferenz der Großen Seen verabschiedet wurde. Es handelt sich um ein regionales Abkommen und sieht u.a. eine Sicherheitssektorreform vor: Reform der Armee und einen Fünfjahresplan zur Reformierung der Polizei.
- Das 3. Element ist die internationale politische Begleitung und Kohärenz des MONUSCO-Einsatzes. 5 Repräsentanten arbeiten eng zusammen: die Gesandten der USA, der EU, der Afrikanischen Union, Mary Robinson als Spezialgesandte für die Region der Großen Seen und Martin Kobler als Sondergesandte des UN-Generalsekretärs.
- Betonung der klaren Beschränkungen des militärischen Teils des Einsatzes und Hinweis auf die Notwendigkeit ziviler Aufbauprogramme und politischer Konzepte. Dafür muss der Sicherheitssektor gestärkt, Sicherheit gewährleistet und staatliche Infrastruktur und Bildung aufgebaut werden. Die MONUSCO besitzt lediglich eine Überbrückungsfunktion im militärischen und zivilen Bereich. Es ist nun die Aufgabe des kongolesischen Staates, diese Funktion zu übernehmen. Bislang scheitert der Aufbau von zivilen Strukturen am fehlenden politischen Willen und Engagement. Die kongolesische Regierung muss ermutigt werden, die bestehenden Inseln der Stabilität rund um Goma zu nutzen und ihre Staatspflichten wahrnehmen.
- Zurzeit leben ca. 6.000 Personen in Demobilisierungslagern und werden von der UN ernährt. Die einzelnen Geberländer verfolgen keine gemeinsame Strategie der Reintegration ehemaliger Kombattanten, diese Frage hat Brisanz und muss angegangen werden.
- Um Stabilität in der Region zu gewährleisten ist allerdings nicht nur die kongolesische Regierung, sondern die gesamte Region gefragt: Ruanda, Uganda, Burundi. Der Wille nach Stabilität ist noch nicht deutlich zu erkennen, da in der Region starke eigene Interessen vorherrschen.
- Straflosigkeit und Amnestie sind für Personen, die Menschenrechtsverletzungen begehen, sexuelle Gewalt anwenden oder Kindersoldaten rekrutieren nicht akzeptabel und diese Vergehen müssen strafrechtlich verfolgt werden.

- Deutschland muss sich stärker in zivilen Aufbauprogrammen in der Region engagieren und personelle Unterstützung anbieten. Präventive Maßnahmen und Engagement in der Region sind zu schwach und muss gestärkt werden.

Straflosigkeit und Demobilisierung

- In der DR Kongo herrscht Straffreiheit, das Rom-Statut wird nicht eingehalten, eine Justizsektorreform ist dringend notwendig.
- Problematik der Verlagerung der M23-Milizen: über 2.000 ehemalige Rebellen befinden sich in Uganda, 680 in Ruanda. Es gibt keine internationalen Haftbefehle, keinen Interpolhaftbefehl für die Anführer der Milizen wie bspw. Sultani Makenga.
- Fehlende DDR-Abkommen
- Die Installierung von „mixed courts“ in der DR Kongo sind angedacht, evtl. wird Personal aus den schließenden Gerichten in Arusha übernommen. Allerdings ist der parlamentarische Widerstand in der DR Kongo gegen die „mixed courts“ groß.
- MONUSCO arbeitet nur mit geprüften Offizierskorps der FARDC zusammen, sie arbeitet nicht mit FARDC-Truppen zusammen, die Menschenrechtsverletzungen begangen haben. Die Prüfung erfolgt durch die Menschenrechtsabteilung der MONUSCO. Notfalls werden Bataillone vom kongolesischen Verteidigungsministerium ausgetauscht.
- Die kongolesische Regierung trägt vor allem die eigene Verantwortung für seinen Staat und muss politischen Willen zeigen.

Forderungen an Deutschland

- EUSEC und EUPOL wurden von in der vergangenen Legislaturperiode von Deutschland ausgesetzt. Die neue Regierung muss sich für diese Programme wieder einsetzen.
- Die deutsche und europäische Beteiligung könnte in folgenden Bereichen ausgebaut werden:
 - DDR-Programme, Geberkoordination durch die MONUSCO
 - Bevorstehende Wahlen in der DR Kongo: 2014: lokale Wahlen, 2015: Provinzwahlen, 2016: Präsidentschaftswahlen. Diese müssen begleitet, beobachtet und unterstützt werden.
 - Sicherheitssektorreform (die Armee ist defizitär, die Polizei relativ gut ausgebildet, das Justizsystem miserabel).

ADF/Nalu und FDLR

- Offensiven gegen die ADF, welche aus kongolesischen und ugandischen Milizen bestehen, laufen seit 4 Wochen. In der Kivuregion sind ugandische Berater stationiert und von der kongolesischen Regierung geduldet. Die ADF hält etwa 300-400 Geiseln, die jedoch nicht lokalisiert werden können. Die Strukturen der ADF sind sehr intransparent, sie ist eine „Blackbox“. Es gibt sehr gute Beweise dafür, dass die ADF Kindersoldaten einsetzen.
- MONUSCO hat der FDLR ein Ultimatum bis zum 28.02. gesetzt, die Waffen niederzulegen und sich an Demobilisierungsprogramme zu wenden, um die Rückkehr nach Ruanda in die Wege zu leiten. Es handelt sich um ca. 1.500 Milizen. Sollte das Ultimatum nicht eingehalten werden, sind die weiteren Schritte noch unklar.

Rohstoffe und Zertifizierung

- Zertifizierung der Minen bewegt sich noch im theoretischen Bereich. Ziel der MONUSCO für 2014 ist es, 3 bis 4 Pilotminen, welche von der kongolesischen Regierung vorgeschlagen werden, zu identifizieren und zu sichern, damit diese mit (bevorzugt kongolesischem) privatwirtschaftlichem, effizientem Engagement geführt werden.
- Eine kohärente Strategie der Geberländer zur Unterstützung von Zertifizierungsinitiativen vor Ort unter Beteiligung der Industrie ist notwendig.

Katanga/Flüchtlinge

- In Katanga herrscht eine gravierende Flüchtlingssituation vor mit ca. 400.000 IDP in Nord-Katanga. Die Mai-Mai und Katakanga-Milizen sind ein politisches, kein militärisches Problem. In der Region sind nur 440 Blauhelme stationiert. In naher Zukunft sollen diese um ca. 1.000 ägyptische Spezialkräfte aufgerüstet werden.
- Ca. 10.000 Kinder arbeiten in den Minen in Katanga.

Protokoll: Stefanie Knapp, ÖNZ